

Friedensbewegung  
1980er-Jahre BRD  
Fokus West-Berlin  
Begleitmaterial



**Humanistische  
Union**

Ein Projekt der  
Humanistischen Union e.V.

# Begleitmaterial als Angebot

## zur Vertiefung einiger Aspekte der Ausstellung

### Inhaltsverzeichnis

#### Zu den einzelnen Tafeln

#### Tafel 1: Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen bis zu ihrer Verschrottung

**1.1** Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf der Kundgebung der Friedensbewegung in Bonn 22. Oktober 1983 / **Willy Brandt, Der Friede ist der Ernstfall** (2 S.)

#### Tafel 2: Friedenspädagogik und Schule

**2.1 GEW-Stellungnahme zur Friedenserziehung** / Verabschiedet auf dem außerordentlichen GEW-Gewerkschaftstag vom 3./4. 10.1981 in Frankfurt /Main (2 S.)

**2.2 Einig in pädagogischer Verantwortung** / Gemeinsame Erklärung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung in der DDR und einer Delegation des Hauptvorstandes der GEW in der BRD (2 S.)

#### Tafel 3: Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Hochschulen

**3.1** Bundestagsdebatte zum NATO-Doppelbeschluss, Bonn, 21. und 22. 11. 1983 / **Ausschnitte aus den Reden von Helmut Kohl**, Bundeskanzler (CDU), **Egon Bahr** (SPD), **Hans-Dietrich Genscher**, Außenminister (F.D.P.), **Petra Kelly** (Die Grünen) (2 S.) / Vier Parteien - Vier Positionen.

**3.2 Die 7 Lügen des Herrn Wörner** / Argumente gegen Aussagen von Manfred Wörner, Verteidigungsminister (CDU) in der Bundestagsdebatte zum NATO-Doppelbeschluss (1 S.)

**3.3 Aufruf von 33 Bischöfen und Generalen** / aus 8 Ländern: „Um Gottes und der Menschen willen verhindert die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Eurem Land!“ (1 S.)

#### Tafel 4: Friedenspolitik der Zivilgesellschaft

**4.1 Besuch in Stockholm** / Anlässlich der „Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ stellt eine Arbeitsgruppe friedenspolitische Aktivitäten aus West-Berlin vor. (1 S.)

**4.2 Hinhören – solange noch Zeit ist** / Lernen aus der Geschichte. Wachsamkeit gegenüber Doppelzüngigkeit zu Krieg und Frieden in der Vergangenheit und Gegenwart (1 S.)

#### Tafel 5: Friedensinitiative Steglitz

**5.1 Sind unsere gewaltfreien Aktionen an den Andrews-Barracks „antiamerikanisch“?** Zur wechselseitigen Unterstützung der Friedensbewegung in West-Berlin und in den USA. (1 S.)

#### Tafel 6: Naturwissenschaft und Medizin

**6.1 Naturwissenschaftler/innen und Rüstungsforschung** (1 S.)

**6.2 Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR** zu Beginn der 1980er Jahre (1 S.)

**6.3 IPPNW** (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) und **Auseinandersetzungen um den Nobelpreis für IPPNW** (2 S.)

## 7. Bilanz nach Abschluss des INF-Vertrags

Details des INF-Vertrags und ein Rückblick der FRIZ Redaktion

### **7.1 Was soll eigentlich abgerüstet werden? / Lieber Leser! Liebe Leserin!**

Trotz INF-Vertrag steigende Militärausgaben

### **7.2 Rüstungshaushalt kürzen!** / Gefordert werden friedenspolitisch wirksame Einsparungen

Anteil der Friedensbewegung am Zustandekommen des INF Vertrags

### **7.3 West-Ost-Wind** / Interview mit Ulrich Albrecht, Friedensforscher, der über Jahrzehnte an der Zusammenarbeit von Naturwissenschaftlern aus dem Westblock und dem Ostblock beteiligt war.

Perspektiven

### **7.4 Weiter nach vorn auf dem Weg der Abrüstung**

**Abschreckung und gemeinsame Sicherheit sind unvermeidbar.**

---

Das Begleitmaterial enthält ebenso wie die Ausstellung ausschließlich Dokumente aus den 1980er Jahren, ohne Kommentierung aus heutiger Sicht. Es wurde zusammengestellt von Hilde Schramm, Wilhelm Quitzow und Brigitte Reich.

Berlin, Ende Januar 2026

# Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf der Kundgebung der Friedensbewegung in Bonn 22. Oktober 1983<sup>1</sup>

Rede auf der Kundgebung der Friedensbewegung, 22. Okt. 1983

sozialdemokrat-magazin, November 1983, S. 3.

## Der Friede ist der Ernstfall

Zu Hunderttausenden stehen wir hier, in strikter Gewaltfreiheit, um über sonst Trennendes hinweg zu bekunden: Wir brauchen in Deutschland – und in »Europa, solange es steht« – nicht mehr Mittel der Massenvernichtung, wir brauchen *weniger*.

Deshalb sagen wir *Nein* zu immer neuen Atomraketen. *Ja* sagen wir zu der Forderung, daß der Frieden organisiert werde.

Hier steht nicht die Fünfte Kolonne, zu der uns ein Volksverhetzer hat machen wollen.<sup>2</sup> Wir stehen hier für die Mehrheit unseres Volkes. Über 70 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik – und das ist gut so – halten nichts davon, daß Deutschland noch immer mehr vollgepackt wird mit atomarem Teufelszeug. Man weiß, ich stehe in der Tradition der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, die seit Generationen die Sache des Friedens auf ihre Fahnen geschrieben hat. Und die nie Krieg und Diktatur gebracht hat über unser Volk. Ich spreche hier zugleich als einer, der bemüht war, Spannungen abzubauen und unser Verhältnis auch zu den östlichen Nachbarn auf eine neue Grundlage zu stellen – gegen haßerfüllten Widerstand im eigenen Land. Ich möchte für diejenigen mitsprechen, die sagen: Es hat uns bitter enttäuscht, daß in Genf kein politischer Wille zur Einigung deutlich wurde.<sup>3</sup>

So fühlen sich viele, die guten Glaubens waren, heute an der Nase herumgeführt. Moskau, gewiß keine Hochburg des Pazifismus, hat bei den Raketen weit überzogen. Das hat die sowjetische Führung inzwischen selbst zugegeben. Sie hat sich öffentlich bereit erklärt, bei den Mittelstrecken-Raketen auf einen Stand beträchtlich vor dem Brüsseler Doppelbeschluß zurückzugehen. Und die Verschrottungen an Ort und Stelle überwachen zu lassen. Warum, so frage ich, hat man in Genf die Sowjets nicht beim Wort genommen? Warum macht man ihr öffentliches Angebot nicht zum Ausgangspunkt eines Abkommens, das wirklich weniger Zerstörungsmaschinen für Europa bedeuten würde! Aber mächtige Leute haben sich in ihren Dickkopf gesetzt, das Aufstellen von Pershing II sei wichtiger als das Wegbringen von SS 20: Man müsse es denen im Osten – vielleicht auch den Deutschen? – erst mal zeigen. Dann könne man weitersehen, dann werde alles leichter gehen. Dazu können wir nicht Ja, dazu müssen wir Nein sagen.

Nichts wird durch die Stationierung leichter werden. Stattdessen wird die Rüstungsspirale weiter und weiter gedreht. Europa wird darunter leiden. Die Deutschen auf beiden Seiten werden sich in neue Etappen des Rüstungswettlaufs hineingehetzt sehen. Dagegen müssen wir angehen, diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze. Die neuen Waffen mit den ganz kurzen Vorwarnzeiten führen zusätzliche Gefahren mit sich. Und wir dürfen nicht zu Gefangenen der Erwartung werden, daß es keinen Fehler gibt, bei Menschen und Computern. Der mir gewiß vertraute Satz, von deutschem Boden dürfe nie mehr Krieg ausgehen, droht zur inhaltsleeren Phrase zu verkommen. Wer will, daß dieser gute Satz gilt, der darf sich nicht damit abfinden, daß beide deutschen Staaten gegen jedes vernünftige Interesse zu Abschlußrampen für neue Atomraketen der Weltmächte gemacht werden.

Nicht nur der unmittelbaren Gefährdung wegen ist es Zeit zur Umkehr. Auch die unanständige Verschwendung von Mitteln kann nicht ungestraft fortgesetzt werden. Die Kirchen haben geholfen, uns diese neue Qualität der Herausforderung bewußt zu machen. In dieser Minute sterben anderswo 30 Kinder an Hunger und heilbarer Krankheit. Und in dieser selben Minute werden weltweit 3 1/2 Millionen Mark für Rüstungen ausgegeben. Das ist gegen alle Menschlichkeit. So wird zudem die Weltwirtschaft ruiniert. Dazu kann man nicht schweigen, dazu muß man *Nein* sagen. Ein sehr nachhaltiges *Ja* jedoch zu dem, was zusammengehört: Frieden und Arbeit, Arbeit und Frieden.

In Amerika, dem wir viel Gutes zu danken haben, ringen die Menschen, nicht anders als hier bei uns, um Wege zum Frieden. Wir stehen an der Seite jener Zweidrittelmehrheit, die im Kongreß der USA für FREEZE<sup>4</sup> eingetreten ist, für einen Stopp des Rüstungswahnsinns. Und zugleich gegen eine erneute reaktionäre Wende in Zentralamerika.<sup>5</sup> Schon deshalb ist Antiamerikanismus Quatsch. Aber kein verantwortlicher Deutscher darf seine spezifische Verantwortung in der Garderobe des Weißen Hauses ablegen. Mit meinen Freunden möchte ich, daß die Blöcke überwunden werden. Da es sie gibt, gehören wir ins westliche Bündnis. Aber es ist wichtig, daß unsere Interessen darin nachhaltig vertreten werden. Europäische Verantwortung für die Sicherheit der Europäer muß größer geschrieben werden.

Es wäre nicht in Ordnung, wollten wir den unumgänglichen Streit um den Inhalt der Sicherheitspolitik auf dem Rücken unserer Soldaten austragen. Die Bundeswehr, als Armee im demokratischen Staat, hat den Auftrag, den Frieden sichern zu helfen. Ihre Angehörigen haben, wie wir anderen, ein vitales Interesse daran, daß nicht der Vernichtung preisgegeben wird, was wir gemeinsam sichern wollen. Ich meine,

wir lassen uns weder einschüchtern noch erpressen. Aber die Angst der Menschen läßt sich nicht wegkommandieren, sie läßt sich auch nicht mit Raketen besiegen. Hoffnungen der vielen einzelnen lassen sich jedoch bündeln. Für unsere Freiheit und Unabhängigkeit können wir etwas tun. Wir sollten wissen, wie in der parlamentarischen Demokratie entschieden wird. Andere sollten wissen, daß man im Interesse des Friedens nicht spalten darf, sondern zusammenführen muß: mehr Sicherheit gewinnt man nicht gegen die Überzeugung der Bürger. Und nicht mit jenen Spießern, die über »die Straße« lamentieren.

Nicht nur den Freunden und Partnern in West und Ost, auch der Regierung des eigenen Landes rufen wir zu: Fürchtet Euch nicht vor dem Friedenswillen der Deutschen! Nutzt ihn, zum Nutzen aller!

Laßt uns miteinander fordern: *Erstens*: nicht stationieren, sondern ernsthaft verhandeln. *Zweitens*: Die Supermächte sollen ein Abkommen schließen, durch das die Atomwaffen erst eingefroren und dann abgebaut werden. *Drittens*: Mittel umlenken und freimachen für den weltweiten Kampf gegen Armut, Hunger, Unterdrückung. Dies sind die Aufgaben, über den Tag hinaus. In dieser Zeit wird entschieden, ob unsere Kinder eine Zukunft haben. Deshalb rufen wir alle Menschen guten Willens: Stellt Euch dem Selbstbetrug des Wettrüstens in den Weg, haltet das Tor offen für das Leben! Noch nie war das Wort Gustav Heinemanns so brennend aktuell: Der Friede ist der Ernstfall.<sup>6</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Zur Friedenskundgebung im Bonner Hofgarten hatte eine Vielzahl von Organisationen, darunter auch die SPD, sowie von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgerufen.
- 2 Gemeint ist der CDU-Generalsekretär, Heiner Geißler.
- 3 Die Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in Genf über eine „Null-Lösung“ bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen waren gescheitert. Die NATO hatte deshalb mit der Stationierung von Marschflugkörpern in Großbritannien begonnen, während die UdSSR die Stationierung von SS-20-Mittelstreckenraketen fortsetzte. Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 10.
- 4 Die Kongressmehrheit hatte sich für ein Einfrieren der atomaren Rüstung und somit gegen eine weitere atomare Aufrüstung in Ost und West eingesetzt.
- 5 Die sandinistische Regierung Nicaraguas kämpfte seit 1981 gegen von den USA unterstützte konterrevolutionäre Freischärler. In El Salvador wurde zwischen 1981 und 1982 der Kriegszustand verhängt. Die Militärjunta verschärfte mit Hilfe rechtsextremistischer, paramilitärischer Gruppen den Kampf gegen die Linke. 1982 wurde Honduras mit massiver US-Unterstützung ein Aufmarschgebiet der Gegner der Sandinisten in Nicaragua.
- 6 Das Wort Heinemanns fiel bei seiner Rede zur Übernahme des Amtes des Bundespräsidenten. Vgl. Heinemann, Gustav: Ernstfall Frieden, in: Gramm, Reinhard/ Blaschke, Peter H. (Hrsg.): Ernstfall Frieden. Christsein in der Bundeswehr, Stuttgart- Berlin 1980, S. 77 f.

Quelle:

[https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/WB\\_BerlinerAusgabe\\_05.pdf#paeg=406](https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/WB_BerlinerAusgabe_05.pdf#paeg=406)

## GEW-Stellungnahme zur Friedenserziehung, 1981

### GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT im Deutschen Gewerkschaftsbund

*Stellungnahme des außerordentlichen GEW-Gewerkschaftstages vom 3./4. 10. 1981 in Frankfurt/Main, zur Friedenserziehung*

In allen Bildungseinrichtungen ist die Erziehung zum Frieden eine wesentliche Voraussetzung, um die Bereitschaft zum gewaltfreien Austragen von Konflikten zu wecken, ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen und die Bemühungen um Abrüstung und Entspannung voranzubringen. Eine Friedenserziehung in den Bildungseinrichtungen kann politisches Handeln zur Sicherung des Friedens nicht ersetzen, sie kann jedoch entscheidend zum Entstehen eines politischen Bewußtseins in der Bevölkerung beitragen, das Parlamente und Regierungen zu einer aktiven Friedenspolitik zwingt.

#### I.

Als Gewerkschaft der im Bildungsbereich Beschäftigten tritt die GEW besonders für die Förderung der Friedenserziehung ein. Friedenserziehung ist kein isolierter Bestandteil von Erziehung, sondern Betonung dessen, was „emanzipatorische Erziehung“ insgesamt leisten muß. Friedenserziehung umfaßt die Erziehung des Einzelnen zur Friedensfähigkeit, d. h. zum bewußten Umgang mit eigenen Aggressionen und zum gewaltfreien Austragen von Konflikten in seiner sozialen Umgebung.

Friedenserziehung ist immer auch politische Bildung. Sie soll zur Teilnahme an politischen Prozessen mit dem Ziel, strukturelle Gewalt abzubauen und am Aufbau friedensfördernder Strukturen mitzuwirken, befähigen.

Herkömmliche Formen der Friedenserziehung haben gemeinsam, daß sie Kriege und reale Kriegsgefahren, die es auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gab und gibt, weitgehend vernachlässigt haben. Dadurch wurde die Friedenserziehung als Erziehung zur Handlungsbereitschaft gegen Kriege und Kriegsgefahren nicht voll wirksam.

Unverzichtbare Inhalte sind u. a.:

- Geschichte und Funktion kriegerischer Konflikte
  - Kriegsursachen und -folgen
  - Friedensauftrag des Grundgesetzes
  - Abrüstung als Mittel der Kriegsverhütung
  - Militärische Verteidigung und Kriegsdienstverweigerung
  - Alternative Konzepte zur Politik der Abschreckung
  - Historische Wurzeln und aktuelle Erscheinungsformen der Friedensbewegung.
- Friedenserziehung wendet sich gegen „unfriedliche“ autoritäre Vermittlungsformen, die von Wertbegriffen wie „Zucht“, „Unterordnung“, „absoluter Gehorsam“ abgeleitet werden. Friedenserziehung erfordert demokratische Formen von Erziehung und Unterricht.

#### II

Der außerordentliche Gewerkschaftstag der GEW fordert die Kolleginnen und Kollegen auf – durch Berücksichtigung der genannten Ziele, Inhalte und Vermittlungsformen einen Beitrag zu einer umfassenden Friedenserziehung zu leisten;

- der Diffamierung des Pazifismus, der Verharmlosung des Krieges und der wachsenden Militarisierung der Gesellschaft pädagogisch entgegenzuwirken;
- die heranwachsende Generation im Geist der Toleranz, Völkerverständigung und des Friedens zu erziehen sowie
- Eltern und Kollegen, die den einseitigen Darstellungen führender Politiker und großer Teile der Medien Glauben schenken, über die reale Kriegsgefahr aufzuklären;

#### III.

Die GEW fordert die Kultusminister der Länder auf

- diese Grundsätze zu Zielen, Inhalten und Vermittlungsformen von Friedenserziehung in alle Richtlinien einzubeziehen, insbesondere die unterrichtliche Auseinandersetzung mit den Problemkreisen „Aufrüstung und Kriegsgefahr“ bzw. „Abrüstung und Entspannung“ in die Richtlinien aufzunehmen;
- die verschiedenen Aufrufe, Erklärungen und Appelle zur Friedens- und Abrüstungspolitik untereinander und mit anderen Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren;
- in den Unterricht Aktivitäten und Positionen der Friedensbewegung einzubeziehen;
- in Schule und Unterricht konkrete Beiträge zur Friedenserziehung zu leisten;
- nach Möglichkeiten der Kooperation mit Kollegen für Friedenserziehung an der Schule zu suchen, insbesondere unter fachübergreifenden Aspekten.
- die Schulbuchausschüsse und Einzelgutachter zu veranlassen, bei der Begutachtung von Schulbüchern und Unterrichtsmitteln als wesentliches Kriterium zu werten, ob und wie die genannten Grundsätze aufgenommen werden;
- in der Lehreraus- und -weiterbildung der Behandlung dieser Grundsätze Priorität einzuräumen;
- die Erstellung einer didaktisch kommentierten Dokumentensammlung zur Friedenserziehung für die Hand des Lehrers zu veranlassen in der die wesentlichen Dokumente zur Friedens- und Entspannungspolitik seit 1945 zugänglich gemacht werden;
- den vollen Wortlaut der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa allen Schulen der Sekundarstufe I und II kostenlos in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen;
- von der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz „Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in den Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht“ zurückzutreten und in der Kultusministerkonferenz auf die Zurücknahme dieser Vereinbarung hinzuwirken.

#### IV.

Der außerordentliche Gewerkschaftstag 1981 lehnt KMK-Initiativen wie das Papier der CDU, erstellt von Kultusminister Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg) und Gölter (Rheinland-Pfalz) als einen erneuten Versuch ab, in der Bundesrepublik die Erziehung zum Frieden durch eine einseitige und unkritische Sympathiewerbung für die Bundeswehr zu ersetzen.

Der außerordentliche Gewerkschaftstag 1981 appelliert an die Kultusministerkonferenz, dieses Papier abzulehnen, und fordert, alle bestehenden, einseitigen Erlasse zur Landesverteidigung abzuschaffen.

Der außerordentliche Gewerkschaftstag 1981 fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß auch die Regierung der DDR umgehend sowohl den Wehrunterricht wie die vormilitärische Ausbildung abschafft und auch die Schulden der DDR zu einer Erziehung zum Frieden verpflichtet werden. Der außerordentliche Gewerkschaftstag 1981 appelliert an die Lehrgewerkschaften in aller Welt, sich ebenfalls für eine aktive Friedenspolitik ihrer Regierungen und für eine Erziehung zum Frieden in allen Bildungseinrichtungen einzusetzen.

#### Begründung:

Die achtziger Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichen Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein Dritter Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderer Weise bedroht.

Die Kosten der „Abschreckungspolitik“ gehen über die Budgetgrößen der sogenannten Verteidigungshaushalte hinaus; zu ihren Opfern zählen Menschen, die Hungers sterben, Menschen, denen Wissen verwehrt wird.

Die Hoffnungen auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses durch Verhandlungen auf Regierungsebene und Verständigungspolitik wurden enttäuscht. Die Betroffenheit der Menschen über die zunehmende Gefährdung des Friedens und die sozialen Kosten der Rüstungspolitik nimmt zu. Ausdruck dafür ist eine wachsende Friedensbewegung. Sie bedeutet eine neue Chance für die Friedensziehung.

Immer größere Teile der Bevölkerung erkennen: Frieden wird es nur jenseits von Abschreckung geben. Dies ist eine eindeutige Lehre aus der Geschichte der vergangenen 20 Jahre. Friedensziele werden sich nur artikulieren lassen nach geleisteter theoretischer und praktischer

Kritik der Abschreckungspraxis und der Entwicklung alternativer Friedenssicherung. Der einzig mögliche Realismus in Friedensbemühungen, ist die Demontage des Abschreckungssystems. Prinzipielle Kritik der Abschreckung wird damit gerade heute zum Angelpunkt einer Friedenspolitik.

Die seit Gründung der Bundesrepublik in unserem Lande bestehenden Friedensbewegungen verwirklichen den politischen Auftrag des Grundgesetzes, nach dem vom deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen darf:

„(1) Handlungen die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

„(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ (Art. 26 GG)

Aufgrund dieses Friedensauftrages des Grundgesetzes steht die Bundeswehr, und nicht die Friedensbewegung, unter einem ständigen Legitimationszwang. Die Versuche staatlicher Stellen, die aktuelle Kriegsgefahr und die dadurch verursachte Beunruhigung breiter Kreise der Bevölkerung durch eine unterschiedliche Gestaltung des Problems der Friedenssicherung aufzufangen, die sich damit begnügt, die friedenssichernde Aufgabe der Bundeswehr und der Militärapparate unserer Verbündeten verstärkt darzustellen, müssen von daher zurückgewiesen werden.

Neben den Vertretern und den Materialien der Bundeswehr müssen im Unterricht gleichrangig die Ergebnisse der Friedensforschung und die Vertreter der Friedensbewegung Eingang finden, um Schülern und Lehrern eine eigenverantwortliche Entscheidung im Sinne eines friedenspädagogischen und friedenspolitischen Engagements zu ermöglichen.

#### Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages 1983 (Auszug)

4. Sollte die Bundesregierung gegen die Ablehnung durch die Mehrheit der Bevölkerung an ihrer Zustimmung zur Stationierung von Raketen festhalten, fordert die GEW den Bundesausschuß des DGB auf, den Beschluß des 12. DGB-Kongresses der neuen Lage entsprechend weiterzuentwickeln.

Die GEW tritt dafür ein, daß die Gewerkschaften und der DGB die Bedingungen genau beschreiben, unter denen sie das Widerstandsrecht entsprechend dem Grundgesetz wahrnehmen. Dabei muß auch das Mittel des politischen Streiks breit diskutiert und als Handlungsmöglichkeit offengehalten werden.

## Gemeinsame Erklärung

### **Einig in pädagogischer Verantwortung**

Auf Einladung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung des FDGB der Deutschen Demokratischen Republik fand vom 27. bis 31. Oktober 1985 in Oberhof, Bezirk Suhl, in der Deutschen Demokratischen Republik ein Treffen mit einer Delegation des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB der Bundesrepublik Deutschland statt. Dieses Treffen wurde auf Initiative der GEW nach mehrmaligen Gesprächen der beiden Gewerkschaften vereinbart. Im Mittelpunkt stand ein Informations- und Meinungsaustausch zur Verantwortung der Pädagogen und ihrer Gewerkschaften für die Erhaltung des Friedens und für die Erziehung der Jugend für Frieden, Abrüstung und zu internationaler Verständigung. Die Delegationsmitglieder der GEW hatten beim Besuch von Bildungseinrichtungen in den Bezirken Suhl und Erfurt die Möglichkeit, insbesondere bei Hospitationen im gesellschafts-wissen-

schaftlichen Unterricht und bei Gesprächen das Friedensengagement der Lehrer, Schüler und Studenten in der Schulpraxis der Deutschen Demokratischen Republik kennenzulernen.

Die beiden Gewerkschaften sehen in diesem Treffen einen wichtigen Beitrag zur beginnenden UNO-Abrüstungswoche und zum Weltfriedensjahr der UNO 1986.

Beide Gewerkschaften bekundeten ihr Interesse an einer Weiterführung und Vertiefung der Beziehungen. Eine Fortsetzung der Gespräche zu diesem Thema bei einem weiteren Treffen in der Bundesrepublik wurde für nützlich gehalten. Je ein Vertreter beider Vorstände wurde beauftragt, die diskutierten Vorschläge für die weitere gemeinsame Arbeit in Fragen der Friedenspolitik und Friedenserziehung zu konkretisieren.

Die Gespräche verliefen in einer offenen und sachlichen Atmosphäre. Einleitende Referate zur Friedenspolitik hielten die Vorsitzende der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung des FDGB, *Helga Labs*, und der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, *Dieter Wunder*.



*Systemübergreifendes Klassenfoto: Die beiden Lehrerdelegationen aus Deutschland-Ost und Deutschland-West in einer Sitzungspause.*

Über Aktivitäten und Probleme der Friedenserziehung referierten *Karl-Heinz Günther*, Vize-Präsident der Akademie der pädagogischen Wissenschaften (APW) der Deutschen Demokratischen Republik, und *Jochen Schweitzer*, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW.

Die Vertreter der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung legten dar, wie die Pädagogen der Deutschen Demokratischen Republik an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik teilnehmen, wie sie entsprechend ihrem gesellschaftlichen Auftrag die

Schüler im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung bilden und erziehen.

Die Vertreter der GEW informierten über Positionen, Aktivitäten und Probleme der Friedens- und Abrüstungserziehung in der Bundesrepublik und über ihr Engagement in der Friedensbewegung. Dabei stellten sie ihr Bemühen, die Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik zu einem eigenständigen Urteil zu Fragen der Friedens- und Abrüstungspolitik und zu selbständigen politischen Handeln zu befähigen, in den Vordergrund.

Beide Seiten gingen auf die Empfehlungen und die Grundsätze der UNESCO zur Abrüstungserziehung ein und stellten die Probleme bei ihrer Umsetzung zur Diskussion.

Die Teilnehmer des Treffens unterstrichen die große Verantwortung, die die Pädagogen und ihre Gewerkschaften für die Erziehung der Jugend zu einem aktiven Engagement für Verständigung und Frieden, Entspannung und Abrüstung tragen. Dabei wurden die jeweiligen Bedingungen der Erziehungssysteme in beiden deutschen Staaten verdeutlicht und auch unterschiedliche Vorstellungen und Erfahrungen in der Friedens- und Abrüstungserziehung diskutiert.

Die Teilnehmer des Treffens waren sich einig in der Sorge um die Bedrohung der Menschheit durch Aufrüstung. Beide Seiten bekundeten, alles zu fördern, was der Rückkehr zum Entspannungsprozeß und der Vertrauensbildung zwischen den Menschen und Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, insbesondere in Europa, dienlich ist.

Die Gewerkschaften waren sich einig in der Ablehnung jeder militärischen Nutzung des Welt- raums, sie verurteilten das SDI- Programm der USA.

Sie unterstützten alle Bemühungen, konkrete Schritte zur Abrüstung in Europa und in der Welt zu vereinbaren. Insbesondere fordern sie den Abbau von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa. Die beiden Delegationen erwarten, daß die Genfer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA zum Gesamtkomplex der Nuklear- und Weltraumwaffen zu konkreten positiven Ergebnissen führen. Das würde auch dazu beitragen, die immens hohen Rüstungskosten zu senken. Diese Mittel könnten für notwendige ökonomische, sozialpolitische und auch bildungspolitische Aufgaben in aller Welt, insbesondere in den weniger entwickelten Ländern, zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang unterstützen beide Gewerkschaften

Initiativen zur Schaffung atom- und chemiewaffenfreier Zonen in Europa.

Beide Seiten hoben hervor, daß entsprechend dem Grundlagenvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik, den Verträgen von Moskau und Warschau sowie der Schlußakte von Helsinki die Respektierung der europäischen Nachkriegsgrenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden, die Vertrauensbildung in Europa und die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten darstellen.

Übereinstimmend erklärten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens von Oberhof, daß nach den beiden Weltkriegen alles getan werden muß, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf.

Vierzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus bekräftigen sie, daß sich beide deutsche Staaten aktiv für die Erhaltung, Sicherung und Förderung des Friedens einsetzen müssen.

# Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

35. Sitzung

Bonn, Montag, den 21. November 1983

**Dr. Kohl, Bundeskanzler:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute führen wir erneut eine große Debatte über die Grundsatzfrage, wie in unserem Land, wie in Westeuropa **Frieden und Freiheit** gesichert werden können. Wer vom Frieden spricht, muß sich am Maßstab der Freiheit messen lassen. [...]

Unsere Allianz, die NATO, ist defensiv. [...]

Sie hat das in 30 Jahren ihrer Existenz bewiesen. Das **Atlantische Bündnis** hat noch in seiner Bonner Erklärung am 10. Juni 1982 erneut bekräftigt: »Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden – es sei denn, als Antwort auf einen Angriff.« [...]

Unser eigenes Bekenntnis zum **Gewaltverzicht** wird erweitert durch die ethische Pflicht, andere davon abzuhalten, uns anzugreifen.

Das elementare Ziel der Atlantischen Allianz war und ist es, Krieg zu verhindern, damit Frieden und Freiheit gesichert bleiben. Die sicherste und bisher einzige Garantie dafür ist die **Abschreckung auch mit Nuklearwaffen**. [...]

Im November 1981 schlug Präsident Reagan vor, daß beide Seiten auf die gesamte Kategorie von landgestützten Mittelstreckenraketen größerer Reichweite und ihre Abschußvorrichtungen verzichten. Sein Vorschlag ging von der ehrlichen Überzeugung aus, daß mit dieser beiderseitigen Null-Lösung unseren Sicherheitsinteressen ebenso wie denen der Sowjetunion am besten gedient sei. Ich bedauere nach wie vor, daß sich die Sowjetunion bis heute weigert, diesen wegweisenden Vorschlag anzunehmen. [...]

Unsere Sicherheit, der Schutz unserer Freiheitsgebieten nunmehr, daß wir mit der **Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen** beginnen. [...]

Jenseits der Freiheit gibt es keinen Frieden, der diesen Namen verdient. Freiheitssicherung ist immer auch Friedenspolitik. [...]

Allein die Standfestigkeit der freien Völker kann totalitären Staaten ihre Grenzen zeigen. [...]

Nur wenn wir jetzt das Gleichgewicht wiederherstellen und damit zugleich unser Bekenntnis zum Bündnis bekräftigen, sichern wir für unser Land den Frieden in Freiheit und damit die Zukunft unseres Vaterlandes.

*(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Die Abgeordnete der CDU/CSU erheben sich – Zurufe und Pfiffe von den Grünen)*

**Bahr (SPD):** Wenn gesagt wird: Ein Nein zur Nachrüstung schafft keine einzige SS 20 weg, so ist das richtig. Aber ein Ja zur Nachrüstung schafft auch keine einzige SS 20 weg. Im Gegenteil: Ein Ja zur Nachrüstung gestattet Moskau, weitere SS 20 zu produzieren und aufzustellen – und neue Raketen, SS 22, noch dazu. Das kann doch nicht im Interesse des Westens liegen! [...]

Es war erschreckend, Herr Bundeskanzler, in welcher Weise Sie Vorschläge übernehmen, von denen jeder Fachmann weiß, daß sie unseriös sind. Sie haben von dem Vorschlag gesprochen, daß Washington und Moskau auf alle landgestützten Systeme verzichten sollen. Aber wissen Sie denn nicht, daß die USA zwei Drittel ihrer strategischen Systeme seegestützt hat und daß die Sowjetunion zwei Drittel ihrer strategischen Systeme landgestützt hat? [...]

Das ist doch die Ursache für die bleibende sichere strategische Überlegenheit der Vereinigten Staaten. Wer diesen Vorschlag ernstlich will, will Überlegenheit, und das ist hoffnungslos. [...]

Ich werfe der Sowjetunion vor, daß sie nicht mit einseitigen Reduktionen ihrer Überrüstung begonnen hat, aber ich erhebe größere Vorwürfe an die eigene Seite, weil mich das Fehlen der eigenen Klugheit mehr schmerzt. [...]

Der Bundeskanzler hat heute früh gesagt: Nur ein Volk, das in Frieden und Freiheit lebt, kann auch wirklich einen Beitrag für den Frieden in der Welt leisten. – Bitte, Herr Bundeskanzler, denken Sie darüber nach, was Sie damit den Menschen in der DDR und in Polen und in der Sowjetunion sagen. Sie haben gesagt: Jenseits der Freiheit ist kein Friede, der diesen Namen verdient. – Unsere Freiheit hier ist uns kostbar. Daß andere diese Freiheit nicht haben, schließt sie vom Frieden nicht aus.

*(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN –  
Zuruf von der CDU/CSU:  
Wer hat denn das behauptet, Herr Bahr?)*

Darüber, ob es für die NATO gut oder schlecht ist, wenn wir zur Stationierung nein sagen, kann man streiten. Darüber, ob alles getan worden ist oder nicht, kann man streiten. Zuletzt entscheidet für mich die Frage, ob wir mit dieser Entscheidung mehr oder weniger Sicherheit bekommen. Deshalb sage ich aus voller Überzeugung nein zur Stationierung.

*(Lebhafter Beifall bei der SPD –  
Beifall bei den GRÜNEN)*

**Genscher**, Bundesminister des Auswärtigen: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir werden diese für unser Land, für den Frieden und die Sicherheit in Europa so wichtige Debatte bestehen, wenn das Signal dieser Debatte die Bekundung des Willens unseres Volkes zum Frieden ist, [...]

Wenn wir von Abschreckung sprechen, so müssen wir die Frage stellen: Von was abschrecken? – Abschrecken vom Kriege, meine Damen und Herren; den Krieg in Europa nicht mehr führbar machen; den Krieg verhindern. Diese **Strategie ist Kriegsverhinderungsstrategie**. Deshalb sagen wir ja dazu. [...]

Und da wissen wir, daß die Strategie der Abschreckung nicht die letzte Antwort auf die Frage nach dauerhaftem Frieden in ganz Europa sein kann. Aber sie wird es so lange bleiben müssen, solange wir nicht politische Rahmenbedingungen geschaffen haben, in denen der Nichtkrieg durch Abschreckung abgelöst werden kann durch eine Friedensordnung, die auf Vertrauen gegründet ist. Das ist die **Aufgabe unserer Friedenspolitik**. Das ist eine Aufgabe, die wir nicht nur bei den Verhandlungen über Mittelstreckenraketen erfüllen müssen – wie es überhaupt gefährlich ist, die Frage der Friedenssicherung, des West-Ost-Verhältnisses auf diese eine Frage zu reduzieren.

Das ist eine Aufgabe, die wir zu erfüllen haben bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen und im UNO-Abrüstungsausschuß, bei den Verhandlungen über Truppenreduzierung in Mitteleuropa. Es ist eine Aufgabe, die wir bei der im Januar des kommenden Jahres beginnenden europäischen Abrüstungskonferenz zu erfüllen haben, wo es vor allem darum geht, in der ersten Phase Vertrauen zu bilden, Vertrauen in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, und, von **Vertrauensbildung** beginnend, auch auf ein konventionelles Gleichgewicht in ganz Europa hinzuarbeiten.

*(Vogt [Kaiserslautern] [GRÜNE]: Wie wollen Sie das denn machen, wenn Sie jetzt durch die Stationierung alles Porzellan zerschlagen?)*

Und konventionelles Gleichgewicht in ganz Europa wollen wir durch **Abrüstung** erreichen. Das heißt, daß die Sowjetunion bereit sein muß, auch hier ihre konventionelle Überlegenheit abzubauen. [...]

Wir werden durch **Zusammenarbeit**, Zusammenarbeit in allen Bereichen, Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten, Zusammenarbeit mit der DDR, durch die Mitwirkung in den internationalen Konferenzen alles tun, [...] damit die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die wir brauchen, damit in Europa eine Ordnung geschaffen werden kann, die den Begriff Friedensordnung verträgt, die den Begriff Friedensordnung verdient. [...]

*(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)*

**Frau Kelly** (Grüne): Das perverse Konzept der sogenannten atomaren Abschreckung basiert ja auf der erklärten Absicht der jeweiligen Regierung, die **vorhandenen atomaren Massenvernichtungswaffen** im Ernstfall tatsächlich einzusetzen. Das ist Abschreckung. [...]

Diese Bereitschaft ist unmoralisch. Doch Atomwaffen, so versichern Bundeswehrgeneräle, sind für uns keine **Kriegführungswaffen**. Die Amerikaner sehen das anders. In der Dienstvorschrift des US-Heeres FM 100/5 – ich bitte Sie, das zu lesen – ist der frühzeitige und zahlreiche Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen vorgesehen. [...]

Ich zitiere nur einen Satz aus diesem Dokument: „Die Kampfweise der Truppe ist bedingungslos auf Angriff ausgerichtet.« Die bisherige **Vorneverteidigung** im Sinne eines möglichst grenznah beginnenden Abwehrkampfes wird ersetzt durch eine **Vorwärtsstrategie**, die es erforderlich macht, den Krieg mit Hilfe großräumiger Bewegungen so schnell wie möglich in den sowjetischen Herrschaftsbereich hineinzutragen.

Warum wird darüber hier nicht gesprochen? Es sind die Zusammenhänge in dieser offensiven Kriegsstrategie der USA, über die wir reden möchten, nicht nur über das Waffensystem Pershing II und die Cruise Missiles. [...]

Wenn wir, die GRÜNEN, den **Ausstieg aus der Blocklogik den Ausstieg aus dem Abschreckungsdenken und den Ausstieg aus bilateralen Rüstungsabkommen** fordern, so wird dies als unreal und irrational beschrieben. Doch wie irrational und unrealistisch ist Ihr Weg des Nach- und Nach- und Vor- und Nach- und Vorrüstens in einer Welt, die sich 14- bis 16mal selbst umbringen kann, in einem Gleichgewichtsdenken, das völlig sinnlos geworden ist, weil die Regierenden bei jeder Abrüstungsgelegenheit ganz woanders ein Feld der Verwundbarkeit finden und dann dort wieder nach- und vorrüsten. [...]

Die Supermacht USA, see- und luftgestützt, redet ständig von der Überlegenheit der anderen. Aber sie hat 1500 Militärstützpunkte um die ganze Welt errichtet. [...]

Es muß deutlich gemacht werden, daß fast immer es die Amerikaner waren, die in der **Entwicklung von Nuklearwaffen** die Führung übernommen hatten. [...]

**Frau Kelly** (GRÜNE): Ich komme zum Schluß. Wenn wir mit unserem gewaltfreien Widerstand und mit unserem zivilen Ungehorsam Gesetzesregelungen und Gesetze überschreiten, dann ist es deswegen, weil wir mit einem höheren Gesetz, dem Gesetz des Gewissens, rechnen und weil wir auch wissen, daß eine Macht des Staates nicht absolut ist. [...]

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

# DIE 7 LÜGEN DES HERRN WÖRNER

**1. Wörner behauptet:** Die SPD hat „mit ihrem Abschied vom Doppelbeschluß“ zum Scheitern der Genfer Verhandlungen „erheblich beigetragen“ (Protokoll der Bundestagsdebatte S. 2461)

**Dagegen:** Diese Behauptung kann schon deshalb nicht stimmen, weil die SPD sich — leider — erst kurz vor der Bundestagsdebatte gegen die Stationierung entschied. Zu dem Zeitpunkt war das Scheitern der Genfer Verhandlungen längst klar. Die SPD entschied sich gegen die Stationierung, gerade weil ihre Zweifel am ernsthaften Verhandlungswillen der USA immer größer wurden. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Herr Wörner die Abrüstungsvorschläge der UdSSR in seiner Rede mit keinem Wort erwähnt. Die UdSSR hatte u. a. angeboten, die eigenen SS 20 überwiegend zu verschrotten und nur so wenige Mittelstreckenraketen zu behalten, wie Frankreich und Großbritannien besitzen, — für den Fall, daß die NATO auf die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles verzichtet.

**2. Wörner behauptet:** Es gibt einen „sechseinhalbjährigen Verzicht auf die Nachrüstung“ (Protokoll 2464)

**Dagegen:** Die Nato hat in den letzten Jahren ebenso aufgerüstet wie der Warschauer Pakt. Wohin sind denn sonst die immensen Rüstungsausgaben der USA und ihrer Verbündeten geflossen, wenn nicht in die Entwicklung und Produktion immer neuer Waffen. Solche Aussagen berücksichtigen in unredlicher Weise immer nur eine spezielle Waffenart, gegenwärtig eben die landgestützten Mittelstreckenraketen.

**3. Wörner behauptet:** Bei einem Ausstieg aus dem Doppelbeschluß würde die USA „sich langfristig von Europa abwenden“ (Protokoll 2465)

**Dagegen:** Die USA denkt gar nicht daran. Mit ihrer Anwesenheit in Europa hat sie seit Ende des 2. Weltkrieges eigene

Machtinteressen verfolgt und tut dies auch gegenwärtig — ebenso wie die UdSSR mit ihrer Anwesenheit in den Ostblockstaaten.

**4. Wörner behauptet:** „Und wenn dann jene Fernsehbilder gezeigt werden von Demonstranten und von Blockaden amerikanischer Kasernen, dann wird sich der amerikanische Bürger fragen, ob es Sinn macht, ein solches Land zu schützen.“ (Protokoll 2466)

**Dagegen:** Den amerikanischen Bürger gibt es ebensowenig wie den deutschen Bürger. Die Mehrzahl der US-Bürger ist ebenso wie die Mehrzahl bei uns gegen die Aufstellung der neuen Raketen. Sie begrüßt entsprechend die Aktionen der Friedensbewegung.

**5. Wörner behauptet:** „Ein Ausstieg aus dem Doppelbeschluß hätte verheerende Folgen für die Atlantische Allianz“ und weiter: „Sie glauben doch nicht, daß die Belgier, die Niederländer, die Dänen dann noch zum Doppelbeschluß stünden.“ (Protokoll S. 2465)

**Dagegen:** Die Atlantische Allianz hat überhaupt nur dann eine Zukunft, wenn nicht die USA, sondern alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt die Politik des Bündnisses bestimmen. Die Niederländer und die Dänen zumindest sind der Logik von Herrn Wörner nicht gefolgt: Sie haben sich bereits vor kurzem gegen die Stationierung zumindest zum jetzigen Zeitpunkt entschieden — trotz der Zustimmung der BRD.

**6. Wörner behauptet:** Es besteht keine Gefahr, daß ein Atomkrieg auf Grund eines Computerfehlers ausgelöst wird, denn: „Die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen trifft im Westen wie im Osten nicht der Computer, sondern ausschließlich der Mensch“ (Protokoll 2467)

**Dagegen:** Die Menschen sind auf die Informationen, die ihnen die Computer liefern, angewiesen. Die Politiker können

die Richtigkeit der ihnen zugeleiteten Informationen nicht selbst überprüfen. Vorwarnzeiten von 5 bis 6 Minuten sind auch für Computerexperten zu kurz, um technische Fehler zu entdecken. Nach einem Computerunfall am 3. Juli 1980 gab der Sprecher des Pentagon, Thomas P. Ross, auf einer Presskonferenz zu: „Wir waren diesmal vom dritten Weltkrieg nicht weit entfernt“. Es ist unbestritten, daß von 147 Fehlalarmen in 18 Monaten vier erst in der zweiten von drei möglichen Sicherheitsstufen aufgeklärt werden konnten. Dabei war die Vorwarnzeit bei Interkontinentalraketen von immerhin noch 30 Minuten entscheidend. Die Anzahl der Fehlalarme in der UdSSR ist leider nicht bekannt.

**7. Wörner behauptet:** Die Stationierung ist erforderlich zur „Sicherung des Gleichgewichts“. (Protokoll 2461)

**Dagegen:** Nach übereinstimmender Aussage aller westlichen Friedensforschungsinstitute besteht auch ohne die neuen US-Mittelstreckenraketen ein militärisches Gleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, wenn nicht gar eine Überlegenheit der NATO. Das Argument ist zudem grundsätzlich falsch. Atomraketen sollen dazu dienen, den Gegner von einem Angriff abzuschrecken. Um die UdSSR vor einem Angriff mit SS 20-Raketen abzuschrecken, genügt schon ein einziges amerikanisches Poseidon-U-Boot mit seinen 140 Atomsprenköpfen. Der Schaden für die UdSSR wäre unermesslich. Das Gleichgewichtsargument wurde bisher immer benutzt, um die Zustimmung der Bevölkerung zu weiteren Aufrüstungsschritten zu erhalten. Im Zeitalter des hundertfachen Overkill ist das Argument demagogisch. Oder handelt es sich gar nicht mehr um Abschreckung, sondern um den Erwerb der Fähigkeit zum entworfenen Erstschlag? Hilde Schramm

# Aufruf von 33 Bischöfen und Generalen

»US-amerikanische Angriffswaffen dicht an der Grenze zur Sowjetunion sind eine große Gefahr für den Weltfrieden. In tiefer Sorge wenden wir uns an die Völker Europas:

**Um Gottes und der Menschen willen,  
verhindert die Stationierung der Pershing II  
und Cruise Missiles in Eurem Land!«**

*Nickolas D'Antonio*  
BISCHOF Nicklas D'ANTONIO  
Katholische Kirche  
USA

*Gert Bastian*  
GENERAL a. D. Gert BASTIAN  
Bundesrepublik

*John Harris Burt*  
BISCHOF John Harris BURT  
Episcopal Church  
USA

*Edward G. Carroll*  
BISCHOF Edward G. CARROLL  
United Methodist Church  
USA

*Johan Christie*  
GENERAL a. D. Johan CHRISTIE  
Norwegen

*Leslie R. DeWitt*  
BISCHOF Leslie R. DEWITT  
United Methodist Church  
USA

*Ralph E. Dodge*  
BISCHOF Ralph E. DODGE  
United Methodist Church  
USA

*Daniel Corrigan*  
BISCHOF em. Daniel CORRIGAN  
Episcopal Church  
USA

*William B. Grove*  
BISCHOF William B. GROVE  
United Methodist Church  
USA

*Michael N. Harbottle*  
GENERAL a. D. Michael N. HARBOTTLE  
Großbritannien

*Kenneth W. Hicks*  
BISCHOF Kenneth W. HICKS  
United Methodist Church  
USA

*Leroy C. Hodapp*  
BISCHOF Leroy C. HODAPP  
United Methodist Church  
USA

*Gordon Huntingdon*  
BISCHOF Gordon HUNTINGDON  
Church of England  
Großbritannien

*George Koumanakos*  
GENERAL a. D. Georgios KOLMANAKOS  
Griechenland

*John Wesley Lord*  
BISCHOF John Wesley LORD  
United Methodist Church  
USA

*Majorie S. Matthews*  
BISCHOF Majorie S. MATTHEWS  
United Methodist Church  
USA

*Calvin D. McConnell*  
BISCHOF Calvin D. MCCONNELL  
United Methodist Church  
USA

*Hermann von Meyenfeldt*  
GENERAL a. D. Hermann von MEYENFELDT  
Holland

*Francisco de Costa Gomes*  
MARSHAL Francisco de COSTA GOMES  
chem. Präsident von Portugal

*Mihailos Papanastasiou*  
ADMIRAL a. D. Mihailos PAPANASTASIOU  
Griechenland

*Nino Pasti*  
GENERAL a. D. Nino PASTI  
Italien

*John Robinson*  
BISCHOF John ROBINSON  
Church of England  
Großbritannien

*Antoine Sanguinetti*  
ADMIRAL a. D. Antoine SANGUINETTI  
Frankreich

*Kurt Scharf*  
BISCHOF em. Kurt SCHARF  
Evangelische Kirche Deutschland  
Bundesrepublik

*Melvin G. Talbert*  
BISCHOF Melvin G. TALBERT  
United Methodist Church  
USA

*Michael Tombopoulos*  
GENERAL a. D. Michaelis TOMBOPOULOS  
Griechenland

*Günter Vollmer*  
GENERAL a. D. Günter VOLLMER  
Bundesrepublik

*W. Ralph Ward Jr.*  
BISCHOF W. Ralph WARD, Jr.  
United Methodist Church  
USA

*Frederick Wertz*  
BISCHOF D. Frederick WERTZ  
United Methodist Church  
USA

*Melvin E. Whittley*  
BISCHOF Melvin E. WHITTELEY  
United Methodist Church  
USA

*C. Dale White*  
BISCHOF C. Dale WHITE  
United Methodist Church  
USA

*Joseph B. Weaker*  
BISCHOF Joseph B. WEAKER  
United Methodist Church  
USA

*Mark Santor*  
BISCHOF Mark SANTOR  
Church of England  
Großbritannien

Dieser Aufruf kann als großes Plakat im Format 1,20 x 1,50 m sowie als DIN-A-3-Plakat bezogen werden. Bestellungen bitte an: HEFLINER COMPAGNE  
c/o Gerhard Eries, Schallesstraße 97, 1000 Berlin 12. Preis inkl. Porto, Verpackung, MwSt für das große Plakat: 5 Stück 30,- DM, 10 Stück 50,- DM,  
25 Stück 110,- DM, 50 Stück 180,- DM. Für das kleine Plakat DIN A 3: 10 Stück 10,- DM, 50 Stück 35,- DM, 100 Stück 50,- DM, 200 Stück 150,- DM.

# Besuch in Stockholm

Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa

Es war nicht gerade einfach, an dem verlängerten Wochenende Termine mit den Diplomaten der in Stockholm tagenden **Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa** zu vereinbaren. Aber schließlich klappte es doch. Am 1. Juni 1984 hatte die Arbeitsgruppe der Friko folgendes Besuchsprogramm: 9.00 Uhr Empfang im Schwedischen Parlament; 10.30 Uhr US-Delegation; 12.00 Uhr Bundesrepublik; 14.00 Uhr UdSSR; 16.00 Uhr DDR.

Die Diplomaten waren sichtlich beeindruckt, als wir ihnen Materialien überreichten, die nachwiesen, daß sich etwa 100 000 West-Berliner in den bezirklichen Unterschriftsammlungen für Atomwaffenfreie Zonen ausgesprochen hatten.

**Wir fragten, wie sich die Delegationen zur Forderung der Friedensbewegung nach Atomwaffenfreien Zonen stellten und was sie für die Behandlung dieser Frage auf der Stockholmer Konferenz zu tun gedächten.**

- Erste Überraschung: Die USA sind nicht grundsätzlich gegen eine Atomwaffenfreie Zone, sofern sich die betroffenen europäischen Staaten darüber einig könnten.

- Der Vertreter der UdSSR überreichte uns den offiziellen Verhandlungsvorschlag seines Landes, der im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen wie Nichtersteinsatzerklärung und Gewaltverzicht auch die Einrichtung Atomwaffenfreier Zonen vorsieht.

- Der DDR-Botschafter erinnerte daran, daß Erich Honecker in bezug auf den Palme-Plan erklärt habe, die DDR stelle ihr gesamtes Territorium für eine solche Zone zur Verfügung.

- Enttäuschend für uns alle war der BRD-Vertreter. Unbefangen plauderte er: Für Bonn seien Atomwaffenfreie Zonen kein Thema, er wisse auch niemanden in der Bundesregierung, der sich über eine diesbezügliche Erweiterung des Mandats der Konferenz Gedanken mache. Der Mann aus Bonn präsentierte uns die Steckenpferde des Auswärtigen Amtes: Kontrollmethoden und standar-

disiertes Berichtssystem für Rüstungsausgaben. Wenn die politischen Fragen auf einer anderen Ebene geklärt seien, könne sich die Konferenz vielleicht in ein, zwei Jahren über Gewaltverzicht einigen.

► **Unser Besuch in Stockholm wäre ohne Wirkung geblieben, wenn wir nicht die**

## Atomwaffenfreie Zone

**Kirchen, Gewerkschaften, Politiker, Wissenschaftler usw. treten für den Vorschlag ein, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. In der Diskussion sind zur Zeit:**

- Der Vorschlag der Palme-Kommission, als vertrauensbildende Maßnahme einen 150 km breiten atomwaffenfreien Gürtel beiderseits der Grenze zwischen DDR und der Bundesrepublik und der CSSR zu schaffen.
- Der Vorschlag von Egon Bahr, alle Atomwaffen aus den Ländern zu entfernen, die nicht über sie verfügen bzw. verfügen wollen.
- Die Erklärung der Regierung der DDR, ihr gesamtes Territorium in eine atomwaffenfreie Zone einzu beziehen.
- Die Initiative der skandinavischen Regierungen und Politiker für eine atomwaffenfreie Zone Nordeuropa.
- Die Bemühungen der Regierung Griechenlands, auf dem Balkan eine atomwaffenfreie Zone in Südosteuropa zu schaffen.
- Die im Schlußdokument der 1. UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung von 1978 enthaltene Empfehlung zur Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen.

Ergebnisse der Unterschriftensammlungen im Gepäck gehabt hätten. Auch unsere Massenaktionen wie Reagan-Demonstration und Volksversammlung waren den Diplomaten durchaus bekannt. Respekt vor der Friedensbewegung spürten wir besonders bei dem Gespräch im Schwedischen Parlament, wo wir einen Brief an Olof Palme überreichten.

Arbeitsgruppe  
Stockholmer Konferenz

# Hinhören – solange noch Zeit ist

● Ich beginne zunehmend zu verstehen, was in den Köpfen vieler Menschen um 1933 vorging. Sie beruhigten sich: „Es wird schon nicht so schlimm kommen.“ Dabei hatte Hitler seine Eroberungspläne und seine Untergangphantasien in „Mein Kampf“ deutlich ausgesprochen: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“. (S. 742) Er hatte die Friedenssehnsucht der Menschen als „pazifistischen Unsinn“ (S. 152) verhöhnt und die Gewalt verherrlicht. Er hatte den Marxismus als „Pestilenz“ beschimpft und angeraten die deutschen Arbeiterführer, „die jüdischen Volksvergifter“ „unbarmherzig auszurotten“ (S. 185). Als außenpolitisches Ziel hatte er offen den Erwerb von „Grund und Boden“ im Osten, bes. in Rußland angegeben (S. 741) ebenso wie die „Vernichtung Frankreichs“ in einem „letzten Entscheidungskampf“ (S. 766).

● Daß jemand so verrückt sein könnte, diese Worte in Taten umsetzen zu wollen, war für die meisten Menschen unvorstellbar. Daß für diesen Mann das Großkapital und die Nationalkonservativen die Steigbügel zur Macht hielten, übersahen viele. Die meisten Menschen nahmen seine Worte nicht zur Kenntnis, werteten sie ab als wildgewordene Rhetorik, bedingt durch die harten Parteienkämpfe in der Weimarer Republik.

Nach der Machtergreifung verdrängten viele, daß der wirtschaftliche Aufschwung und oft der eigene Arbeitsplatz der Aufrüstung zu danken war. Wegen kurzfristiger Vorteile nahmen sie die sich abzeichnende Gefahr für ihr eigenes Leben nicht zur Kenntnis. Krieg wollte keiner. So klammerten sie sich an die Friedensbeteuerungen, die Hitler parallel zur Aufrüstung immer wieder von sich gab,

**Fortsetzung auf Seite 4**

## Fortsetzung von Seite 1

z. B.: „Die Reichsregierung wünscht, sich . . . mit den anderen Nationen friedlich und vertraglich auseinanderzusetzen. Sie weiß, daß jeder militärische Akt in Europa, auch im Falle seines vollständigen Gelingens, gemessen an seinen Opfern, in keinem Verhältnis steht, zum möglichen endgültigen Gewinn“ (Reichstagsrede am 17.5.1933). „Das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen.“ (Reichstagsrede am 21.5.1935).

Die Doppelzüngigkeit war von Anfang an eine bewußte. Vor der Presse sagte er am 10.11.1938: „Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Rüstungen zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig waren. . . .“

Und heute? Reagan kündigt an: „Wir werden ihn (— den Kommunismus —) abschließen als ein trauriges, bizarres Kapitel der Geschichte, dessen letzte Seiten eben geschrieben werden. Wir werden uns nicht damit abgeben, ihn anzuprangern, wir werden uns seiner entledigen. . . .“ (Rede am 18.5.1981). Am 27.5.1981 sagte er: „Ich . . . habe von einem neuen Geist gesprochen, der in unserem Land lebendig geworden ist. Die Ära der Skrupel ist vorbei.“ Reagan spricht davon, den „Marxismus-Leninismus auf dem Aschenhaufen der Geschichte zurücklassen“ zu wollen (21.6.1982, in London) und davon, daß die Kirche sich nicht dem „Kampf zwischen Gut und Böse“ entziehen dürfe (8.3.1983). Wildgewordene Rhetorik? Harte Parteienkämpfe in den USA? Die Einschätzung ist so schwierig, weil Reagan gleichzeitig ständig seine Friedensabsichten beteuert. Selbstverständlich, die Geschichte wiederholt sich nicht. Die Gefahren sind immer andere. Die Erinnerung an die Vergangenheit nimmt uns aber unsere Leichtgläubigkeit. Sie bewirkt, daß wir skeptisch werden gegenüber den Friedensbeteuerungen der Herrschenden in West und Ost, solange sie weiter aufrüsten.

Die deutsche Katastrophe, beginnend mit dem 30.1.1933, hat uns hellhörig gemacht. Wir dürfen die Worte in der Politik, die uns erschrecken, nicht als bloße Rhetorik abtun. Nur so können wir verhindern, daß sie Wirklichkeit werden. Solange noch Zeit ist. Hilde Schramm

## Sind unsere gewaltfreien Aktionen an den Andrews-Barracks , anti-amerikanisch‘ ‘ ?

Vor der Kaseme: **Das andere Amerika – Delegation der US-Friedensbewegung unterstützte Blockade**

»Daß Ihr hier sitzt, macht mir Mut, wieder nach Deutschland zu kommen« Dr. Paul Mayer ist Vorstandsmitglied von Mobilization for Survival und Sprecher der Religious Task Force, einer kirchlichen Friedensorganisation in den USA, die das Dach vieler für den Frieden engagierter Kirchen bildet, von den Buddhisten über die Protestanten bis hin zu den Juden. Dieser zum christlichen Glauben konvertierte Jude spricht in leicht gebrochener Deutsch zu uns, in der Sprache, mit der er als Kind jüdischer Eltern im Deutschen Reich aufwuchs, in der Sprache, die er kaum mehr brauchte, nachdem seine Verwandten im Konzentrationslager umgebracht wurden, seinen Eltern mit ihm die Flucht in die neue Heimat USA gelang. [...]

Paul läßt sich durch die grüne Mauer die Flüster-tüte reichen und geht ganz nahe an die Gruppe ran: »Zu wissen, daß Ihr hier sitzt«, sagt er, das hat mir den Mut und die Kraft gegeben, überhaupt wieder in dieses Deutschland zurückzukehren.« Er berichtet ihnen von den Plänen der amerikanischen Friedensbewegung: »In einer Woche werden wir in den USA so wie Ihr hier zu Tausenden vor Kasernen, Raketenlagern und -fabriken sitzen und protestieren gegen den Rüstungswahnsinn – und uns auch von der Polizei wegtragen und inhaftieren lassen.«

Ausschnitt aus: Monika Oels, »Vor der Kaserne: Das andere Amerika«. In: Dokumentation Gewaltfreie Aktion an den US-Andrews Barracks in West-Berlin, 1984, S. 31

### McNamaras Warnung

Der frühere US-Verteidigungsminister McNamara hat die westdeutsche Bevölkerung davor vorgewarnt, der gegenwärtigen nuklearen NATO-Strategie zu folgen. In einer britischen Fernsehsendung betonte er Anfang Oktober, die Westdeutschen müßten sich darüber klar werden, daß »ihr Kulturkreis völlig verwüstet würde, falls sie sich weiterhin an die NATO-Strategie halten«. McNamara hält überdies die »Nachrüstung aus militärischen Gründen für überflüssig.

Mitte Oktober sagte er dann in einem »Spiegel«-Interview: »Bei den Atomwaffen, die das Territorium der jeweils anderen Seite – Westeuropa und die USA, die Sowjetunion – erreichen können, hat die Sowjetunion keine Überlegenheit. Deshalb sehe ich keine militärische Notwendigkeit für die Pershings und Criuses... Warum also zusätzliche Waffen? Um die ›Trümmer tanzen‹ zu lassen, wie Churchill sagte?«

FRIZ, November 1983, Nr. 1

Wir fühlen uns mit den 71% der amerikanischen Bevölkerung verbunden, die für einen Stop des Wett-rüstens eintreten und sich gegen die Stationierung neuer Raketen ausgesprochen haben.

Vertreter der amerikanischen Friedensbewegung besuchten uns kürzlich in Berlin. Bei einem Treffen im »Haus der Kirche« forderten sie uns auf, gerade in Berlin deutlich zu machen, daß wir diesen atomaren »Schutz«-Schild für Europa nicht wollen, genauso wenig wie sie selber. Um ihrer Forderung Nachdruck verleihen zu können, müssen sie in den USA darauf verweisen können, daß immer mehr Menschen in Europa die neuen Raketen ablehnen.

Monika Oels, Maria Winz-von Fransecky  
für die AG Öffentlichkeitsarbeit des  
Vorbereitungsplenums

Ausschnitt aus: »Sind unsere gewaltfreien Aktionen an den Andrews-Barracks anti-amerikanisch?« In: Gewaltfreie Aktion am 15. 10. 1983 an den Andrews-Barracks, Aufruf

### Friedensbewegung in den USA

Verschiedene große Friedensorganisationen in den USA, wie der Versöhnungsbund, die Kriegsdienstverweigerer, die Quäker u.a., haben schon im Juni 987 beschlossen, eine Kampagne »Abrüstung 2000« zu starten, die das Ziel einer Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000 hat, und sie soll den Gedanken der »gemeinsamen Sicherheit- als Alternative zum Gleichgewichtsdenken und zur Abschreckungslogik in die Öffentlichkeit tragen. [...]

Das Gorbatschowsche »neue Denken – hat so scheint es – auch die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten erfaßt. [...]

Die Bescheidenheit ist vorbei. Nicht ein atomares Gleichgewicht oder die Begrenzung von Atomwaffen – wie es etwa die Forderung nach einem »Freeze«\* (Einfrieren) war –, sondern ihre vollständige Beseitigung steht auf der Tagesordnung.

Jens Katzek

Deutsche Friedensgesellschaft

Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

FRIZ, Dezember 1987, Nr. 7

\* Vgl. Willy Brandt, Rede im Bonner Hofgarten 22.10.1983: »Wir stehen an der Seite jener Zweidrittelmehrheit, die im Kongress der USA für FREEZE eingetreten ist, für einen Stopp des Rüstungswahnsinns.«

# Naturwissenschaftler/innen und Rüstungsforschung

Die folgenden Texte bieten ein vertieftes Verständnis der Situation von Naturwissenschaftlern angesichts einer zunehmenden Militarisierung von Forschung und Entwicklung in ihren Arbeitsgebieten. Diese begann bereits im 1. Weltkrieg (Entwicklung von Giftgas durch Fritz Haber) und setzte sich, als vorderste Front der Forschung, im 2. Weltkrieg fort (›Manhattan Project‹ in den USA und ›Uranverein‹ in Deutschland zur Entwicklung einer Atombombe). Seitdem sind die Ausgaben für Rüstungsforschung stetig gewachsen, sodass inzwischen gut die Hälfte aller Arbeitsplätze insbesondere für Physiker die Arbeit an immer ›intelligenteren‹ Waffensystemen betrifft.

Die gemeinsame Basis der Naturwissenschaftler/innen in Bezug auf das Wesen ihrer Arbeit ist das Wertfreiheitspostulat, d.h. die Überzeugung von der Objektivität und Wertfreiheit der Wissenschaft, unabhängig von deren gesellschaftlichen Folgen. Dies hat vielfach zur Folge, dass sich Wissenschaftler/innen von der politischen Verantwortung für ihre Tätigkeit befreien. Diese Selbstentlastung ist insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungsforschung verbreitet. Organisationen wie die Naturwissenschaftlerinitiative ›Verantwortung für den Frieden‹ bildenden Gegenpol dazu.

## **Humane Intelligenz versus nukleare Intelligenz**

Die besten Atomphysiker der Welt haben uns fast einhellig nach Hiroshima geführt. Aber danach spalteten sie sich in drei Gruppen: Die ›Stoppt-die-Bombe-Gruppe‹ [...] sagt mit zunehmender Deutlichkeit, daß ein Wettrüsten mit Kernwaffen notwendig zu einer Katastrophe führen wird und deshalb gestoppt werden muß. Jeder Leser des »Bulletin« kennt diese Argumente.

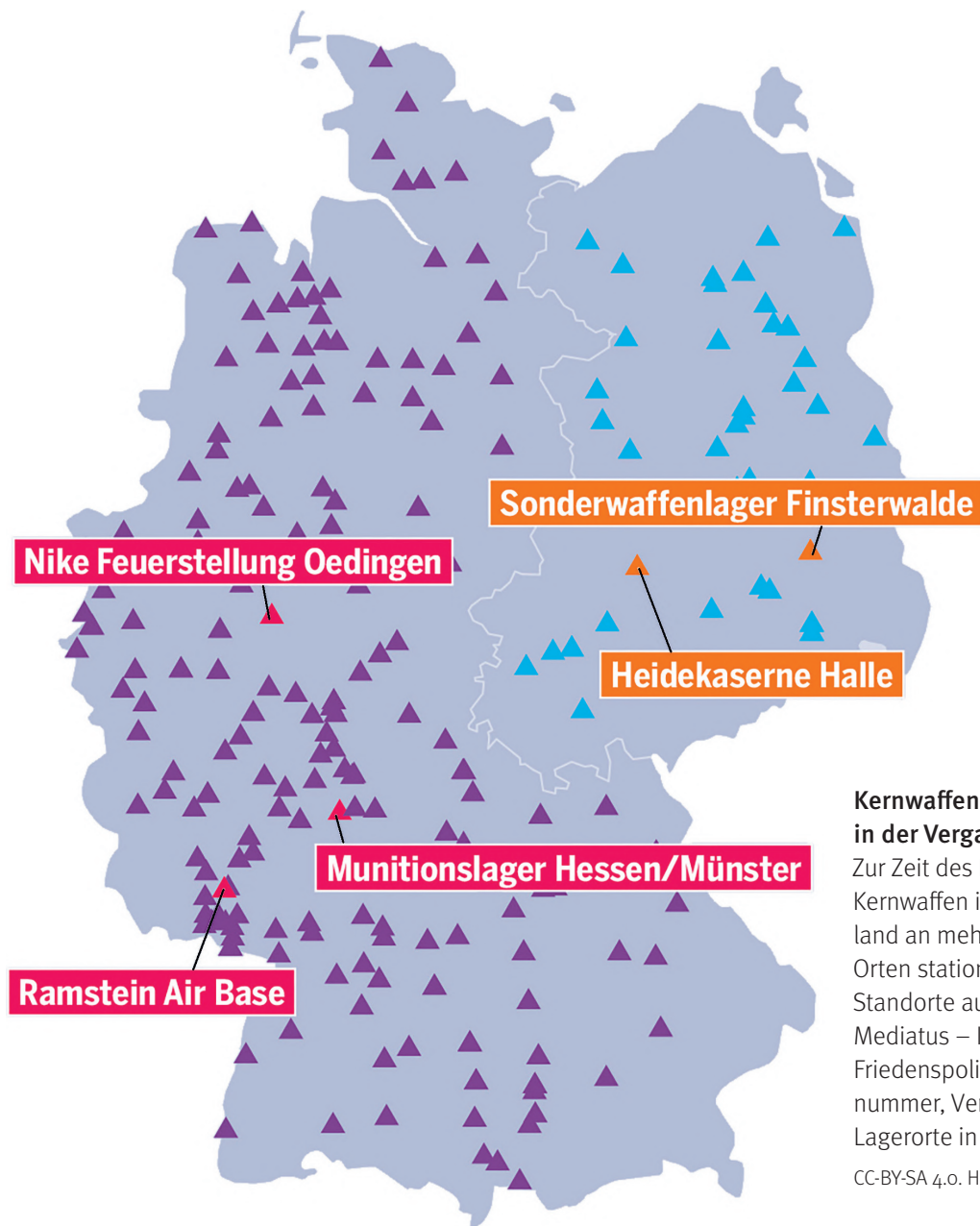
Die ›Gruppe des Wettrüstens‹ arbeitet in die entgegengesetzte Richtung. Für sie ist die Entwicklung von immer mehr nuklearen Zerstörungswaffen notwendig für die Verteidigung und um zu verhindern, daß wir bei dem Rennen ins Nichts ins Hintertreffen geraten. Darüber hinaus versorgt sie diese Entwicklung mit faszinierenden und herausfordernden wissenschaftlichen Problemen. Da fast unbegrenzte Mittel für militärische Zwecke zur Verfügung stehen, haben sie die einzigartige Möglichkeit, immer kompliziertere Theorien und immer fortgeschrittenere Technologien zu entwickeln. Die Tatsache, daß ihre Tätigkeit notwendig zur Tötung und zum Leiden von Millionen oder Milliarden Menschen führt, hindert sie nicht daran.

Die dritte Gruppe ist die schweigende Mehrheit der Physiker in allen Ländern der Erde. Wofür stehen sie ein? Sie stehen überhaupt nicht; sie sitzen sehr bequem auf den Rocksäumen ihrer Kollegen von der Vernichtungsgruppe. Sie genießen den Spin-off in Form von Prestige und Finanzmitteln, auch wenn sie sich nicht für mehr Kernwaffen einsetzen mögen. Es ist für sie ein angenehmer Kompromiß, die Kernenergie zu unterstützen und auf diesem Gebiet zu arbeiten, aber nur für friedliche Zwecke.

Vielleicht müssen wir akzeptieren, daß es zwei verschiedene Arten des IQ gibt: einen menschlichen IQ und einen nuklearen IQ. Der letzte schließt die Fähigkeit ein, den Tod von Millionen nur als Zahl von Megatoten in einer Gleichung anzusehen.

aus: Alfvén, H.: Human IQ versus nuclear IG, in: Bulletin of the Atomic Scientists 37 [1981], H. 1, S. 4

# Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zu Beginn der 1980er-Jahre



## Kernwaffenstationierung in der Vergangenheit

Zur Zeit des Kalten Krieges waren Kernwaffen in West- und Ostdeutschland an mehr als 200 verschiedenen Orten stationiert.

Standorte aus:

Mediatus – Informationen für die Friedenspolitische Arbeit, Sondernummer, Verzeichnis aller Atomwaffen-Lagerorte in ganz Deutschland, 1984.

CC-BY-SA 4.0. Heinrich-Böll-Stiftung / IESH

## Zur Situation von Wissenschaftlern in der Rüstungsindustrie

1981 führte die Zeitschrift »Wechselwirkung« ein Interview mit drei in der Rüstungsindustrie tätigen Physikern, die alle gewerkschaftlich organisiert sind und eine (keineswegs repräsentative) kritische Einstellung zu ihrer Tätigkeit besitzen:

C.: Wenn ich in meiner Arbeit drinstecke, dann denke ich gerade nicht an das, wozu die Arbeit gut ist, sondern ich löse ein Problem. Da ist mir nicht bewußt, daß es militärisch ist, auch wenn es die Flugbahn einer Rakete ist. Und das passiert überall. Auch wenn ich etwas Ziviles machen würde. Der äußere Zusammenhang des Problems, der geht verloren. Ich werde schlagartig damit konfrontiert, wenn der Kunde, der kommt, eine Uniform trägt. Oder, ich werde am Anfang damit

konfrontiert, wenn die Aufgabenstellung gegeben ist. Da muß ich mir überlegen, mache ich das, will ich das. Oder ich werde nach Feierabend damit konfrontiert in einer Gesprächsrunde, jemand fragt mich, was machst du denn eigentlich. Aber wenn ich in der Arbeit drin bin, dann ist alles weg. Total weg. Und das ist fatal [...]

C.: Du wirst unter Druck gesetzt, du liest in der Veröffentlichung, ein anderer hat das Problem gelöst und ist zu besseren Resultaten gekommen als du. Du vergißt, woran du arbeitest und willst noch besser sein. Und hier ergänzen sich zwei Dinge. Die unersättlichen Bedürfnisse der Generäle auf der einen Seite und das Anerkennungsbedürfnis oder die Leistungsfähigkeit der Techniker auf der anderen Seite.

aus: Wechselwirkung 3 [1981], H. 9, S. 101.)

Die internationale Ärzteorganisation IPPNW (International Physicians for the Prevention of a Nuclear War) wurde 1980 gegründet, um vor der mit dem atomaren Wettrüsten verbundenen Kriegsgefahr zu warnen. 1982 erfolgte die Gründung einer deutschen Sektion. Die Organisation hat regelmäßig mit Tagungen, Aufrufen, Resolutionen an die Bevölkerung und deren Regierungen appelliert, es nicht zu einem Krieg mit Atomwaffen kommen zu lassen. Sie hat aufgrund des hohen Ansehens der Ärzteschaft erheblichen Einfluss auf die internationale Politik genommen und damit auch einen bedeutenden Anteil am Zustandekommen des INF-Vertrages gehabt. 1985 erhielt IPPNW den Friedensnobelpreis. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits 14 000 Mitglieder. Die Internationalität der Ärzteorganisation hat ihr ein erhebliches politisches Potential verschafft, war aber auch ein Grund für Kritik insbesondere im Westen wegen der politischen Position einzelner Mitglieder aus dem Ostblock. Dies äußerte sich vor allem anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises. Am 10. Dezember 1985 fand die Nobelpreisverleihung an die IPPNW in Oslo statt. Die Auszeichnung nahmen die Gründer und Ko-Präsidenten der IPPNW, Prof. Dr. Bernard Lown aus den USA und Prof. Dr. Jewgeni Tschasow aus der Sowjetunion entgegen.

## **Gründungsresolution »An alle Ärztinnen und Ärzte« (1982) – Verabschiedet bei der Gründung der deutschen Sektion der IPPNW in Frankfurt/Main**

»In Übereinstimmung mit dem Appell der ›International Physicians for the Prevention of Nuclear War‹ (IPPNW) erklären wir:

Niemand sollte der atomaren Drohung gleichgültig gegenüber stehen. Sie schwebt über Hunderten von Millionen Menschen. Als Ärzte, die sich dieser Gefahr bewusst sind, müssen wir die höchste Aufgabe präventiver Medizin ausführen – die Verhinderung der größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte.

Für ein wesentliches Element der durch Mediziner zu leistenden Prävention eines Atomkrieges halten wir es, dass ein Umdenken in Richtung auf den Abbau von Feindbildern und auf eine gegenseitige Vertrauensbildung zwischen den Völkern in Ost und West einsetzt. Da die Konsequenzen eines Atomkrieges alle Völker treffen können, treten wir für die rückhaltlose Aufklärung der Bevölkerung über die Folgen von atomaren Waffen und atomaren Kriegen ein. Wir sind der Meinung, dass die Sicherheitskonzeptionen in Ost und West, die mit dem Mord an ganzen Völkern drohen, letztlich keine Sicherheit bringen. Wir fordern deshalb, keine Installation weiterer Atomwaffen in Ost und West, sondern ihre Abrüstung.«

Quelle: Hamburger Ärzteinitiative (Hrsg.): Rundbrief »Ärzte warnen vor dem Atomkrieg«, Ausgabe Nr. 1, März 1982, Hamburg

## **Die Verleihung des Friedensnobelpreises (1985)**

Aus der Rede des Vorsitzenden des Norwegischen Nobelkomitees Egil Aarvik: »Menschen aller Länder, die ihr überleben wollt, vereinigt Euch!«

»In Übereinstimmung mit dem aus alten Zeiten stammenden hippokratischen Eid, der kompromisslosen Einsatz zum Schutz von Leben und Gesundheit fordert, hat diese Organisation die Gefahren für Leben und Gesundheit aufgezeigt, die die Atomwaffen mit sich bringen, anhand von Beweismaterial auf dem Gebiet der Medizin. Diese Ärzte haben uns erklärt, was geschehen würde, wenn diese Waffen zum Einsatz kämen. Wir wissen jetzt vom ›nuklearen Winter‹ mit seiner Zerstörung der Biosphäre und aller für das Leben notwendigen Bedingungen. Die Ärzte haben auch klargemacht, dass es keinen Ausweg gibt und keinen wirksamen Schutz gegen eine solche atomare Katastrophe. Zivilschutz und medizinische Versorgung würden unweigerlich zusammenbrechen. Es wäre unmöglich, den Verletzten und Sterbenden zu helfen, und die Überlebenden wären den mörderischen Langzeitfolgen ausgesetzt. [...]

Das Norwegische Nobelkomitee ist der Ansicht, dass die Organisation einen wesentlichen Beitrag zur Aktivierung des allgemeinen Widerstands gegen die nukleare Aufrüstung geleistet hat und somit eine Bewußtwerdung unterstützt, die sich jetzt überall in der Welt entwickelt. [...]

Es ist klar, dass ein solcher öffentlicher Widerstand, wenn er wirklichen Wert haben soll als Frieden fördernde Kraft, unabhängig von ideologischen Systemen, politischen Meinungen oder geografischen Unterteilungen aufgebaut werden muss. Er muss weltumfassend sein. Auszugehen ist von der simplen Tatsache, dass angesichts der Drohung eines Atomkrieges die gesamte Weltbevölkerung im gleichen Boot sitzt.«

Quelle:

[https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Verein/Friedensnobelpreis/1985\\_Rede-Aarvik\\_Nobelpreis.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Verein/Friedensnobelpreis/1985_Rede-Aarvik_Nobelpreis.pdf)

# Auseinandersetzungen um den Nobelpreis für IPPNW

Die Rede des Vorsitzenden des Norwegischen Nobelkomitees, Egil Aarvik, anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises enthielt viele lobende Worte über die Ärzteorganisation und ihre Arbeit. Dennoch waren nicht alle begeistert von der Verleihung. Besonders in der deutschen Regierung war die Empörung groß, dass eine Organisation so geehrt wurde, die in einigen Augen »Moskau-gesteuert« war.

Bernard Lown beschrieb die Stimmung so: »In einer von Konfrontation und Streit zerrütteten Welt war die IPPNW in kaum vier Jahren zum Vorbild für die Zusammenarbeit zwischen Ärztinnen und Ärzten aus Ost und West, Nord und Süd geworden. Die westlichen Medien jedoch – von ein paar rühmlichen Ausnahmen abgesehen – überboten sich gegenseitig in Denunziationen des Nobelkomitees und seiner Wahl. ›Soviet Propaganda wins the Prize‹ (sowjetische Propaganda gewinnt den Preis), erklärte die ›New York Daily News‹, ›Nobel Peace Fraud‹ (Nobelfriedens-Schwindel) zischte das ›Wall Street Journal‹ und die ›Toronto Globe and Mail‹ leitartikelte über ›Peace with a Bias‹ (Friede mit Schlagseite). Diese Denunziationen hingen aufs engste mit den Anschuldigungen zusammen, die IPPNW hätte sowjetische Verstöße gegen die Menschenrechte einfach ignoriert.«\*

\* Quelle:  
<https://www.ippnw.de/der-verein/geschichte-der-ippnw/ippnw-chronologie/artikel/de/menschen-aller-laender-die-ihr-ueber.html>

## **Aus der Rede von Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Frankfurt/Main, beim Empfang des Osloer Oberbürgermeisters am 9. Dezember 1985, anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 1985.**

»Gestatten Sie mir bitte als Gründungsmitglied der IPPNW-Sektion Bundesrepublik Deutschland – auch ein persönliches Wort, das jedoch dem Fühlen und der Meinung von Millionen Deutscher entspricht: Wir sind zutiefst unglücklich über die unqualifizierten Angriffe, die ausgerechnet aus meinem Land gegen die Entscheidung des norwegischen Nobelpreiskomitees gekommen sind und kommen. Bitte, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, nehmen Sie stellvertretend für das Nobelpreiskomitee und das norwegische Parlament die Bitte um Entschuldigung entgegen.

Viele Millionen Deutscher sind zutiefst entsetzt über das Verhalten von Dr. Heiner Geißler, dem Generalsekretär der CDU, sowie von Bundeskanzler Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß, die versuchen wollten, Einfluß auf die Entscheidung des Nobelpreiskomitees zu nehmen. In seinem Brief an das Nobelpreiskomitee hat Dr. Geißler nicht ein einziges Wort der Anerkennung für die Leistung und Motive der Internationalen Ärztebewegung zur Verhütung eines Atomkrieges und die Verleihung des Friedensnobelpreises gefunden, sondern er hat ausschließlich den Co-Präsidenten Prof. Tschasow angegriffen: Er hat nicht verstanden, daß es in unserer Zeit darauf ankommt, Konflikte abzubauen. Stattdessen hat dieser christliche Politiker neue Feindbilder aufgebaut. Er hat das Gegenteil von dem getan, was Präsident Reagan und Partei- und Regierungschef Gorbatschow in Genf versuchten, ein Klima des Vertrauens zu schaffen.

Quelle: IPPNW Rund-Brief Nr. 16, (1985), S. 17

BERLINER

FRIZ

FRIEDENSZEITUNG

DEZEMBER 1987, NR.7

## Was soll eigentlich abgerüstet werden?

Die doppelte Null-Lösung umfaßt landgestützte Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 sowie von 1000 bis 5000 Kilometern. Auf seiten der USA sind von diesem Abkommen die sogenannten Nachrüstungswaffen betroffen. Das sind 108 Pershing II und 256 Marschflugkörper (Cruise Missiles) und die amerikanischen Sprengköpfe für die Pershing Ia sowie 42 Pershing II, die in den USA zu Übungszwecken gelagert sind. Diese Zahl liegt unter dem Niveau des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, weil noch nicht alle Marschflugkörper stationiert sind und auch nach Unterzeichnung des Abkommens nicht mehr stationiert werden sollen. Auf seiten der UdSSR sind von dem

Abkommen 441 SS-20 Raketen mit je drei Sprengköpfen, der Rest der alten SS-4-Raketen (112 Stück) sowie jeweils mit Reichweiten über 1000 Kilometern 132 modernisierte SS-12 und 20 SS-23 betroffen, jeweils Reichweiten zwischen 500 und 1000 Kilometern. Das Verhältnis der abzurüstenden Sprengköpfe beträgt damit 478 der USA zu 1587 der UdSSR. Beim Verhältnis der abzurüstenden Flugkörper ist das Verhältnis noch günstiger für die westliche Seite, da die 72 Pershing Ia der Bundeswehr nicht Bestandteil des Abkommens sind. Die UdSSR rüstet also dreimal soviel ab wie die USA.

Niels Petring  
Deutsche Friedensgesellschaft-  
Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

## Lieber Leser! Liebe Leserin!

Mit dieser Ausgabe zu dem Mittelstrecken-Abkommen nehmen wir die Tradition der »Berliner Friedenszeitung« wieder auf. Die FRIZ wird in unregelmäßigen Abständen von vielen Gruppen der Friedensbewegung in West-Berlin gemeinsam herausgebracht.

Anlaß für die erste FRIZ war der Beschluß des Bundestages, Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik zu stationieren. »Gegen dich und mich« — so unsere damalige Leitüberschrift.

Schon in dieser ersten Nummer wie in den folgenden beschränkten wir uns nicht auf das Raketenthema, sondern setzten uns unter anderem ein: für Kürzungen der Rüstungsausgaben, für Veränderungen der Militärstrategien, für

Atomwaffenfreie Zonen, für die Abschaffung von Chemiewaffen sowie für die Nicht-Entwicklung von Laserwaffen und SDI, für eine internationale Friedenspolitik unter Einbeziehung der Dritten Welt, für den Verzicht auf Zivilschutz und auf Ausbau von Militäranlagen der Alliierten in West-Berlin, für die Erweiterung der Widerstands- und Aktionsformen, insbesondere durch Zivilen Ungehorsam.

Eine »Ein-Punkt-Bewegung«, die sich nur für Mittelstreckenraketen interessiert, waren wir gewiß nie. Auch an diese inhaltliche Tradition knüpfen wir an. Wir nehmen das Motto schon der ersten FRIZ auf: »Den längeren Atem haben wir!«  
Die Redaktion



Laut US-Außenminister Shultz beträgt die Summe für Produktion, Stationierung und Beseitigung der Mittelstreckenraketen sieben bis neun Milliarden Dollar. What a waste of money!

## • Verteidigungsetat steigt • Entwicklungshilfe sinkt

# Rüstungshaushalt kürzen!

Abrüstung steht derzeit bekanntlich hoch im Kurs. Doch dort, wo die andauernde Aufrüstung in Mark und Pfennig (oder Dollar oder Rubel) ihren Ausdruck findet, hat sich bisher *nichts* geändert — in den Rüstungshaushalten. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung nun Taten statt Worte — eine Kürzung der Militärausgaben.

Gerade heute kommt es darauf an, daß aus dem ersten Abrüstungsschritt ein dynamischer Abrüstungsprozeß wird.

Hier kann die Bundesrepublik — nachdem die UdSSR bei den Mittelstreckenraketen zu weitreichenden Zugeständnissen bereit war — als militärisch wichtigster Staat der NATO in Europa einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie mit einseitigen Vorleistungen vorangeht und ihre Militärausgaben drastisch kürzt. Uns geht es bei der Verminderung der Rüstungslasten weder um ein Alles-oder-Nichts noch um eine willkürlich festgelegte prozentuale Kürzung — wir wollen keine Einsparungen beim Wehrsold oder der Verpflegung der Soldaten, sondern dort, wo sie friedenspolitisch am wirksamsten sind.

Vorrangig muß bei denjenigen Großwaffensystemen angesetzt werden, die für einen offensiven Einsatz tauglich sind und somit von unseren Nachbarn als besonders bedrohlich empfunden werden (z.B. MRCA Tornado, Leopard II). Ebenso wichtig ist uns die Streichung aller Aus-

gaben für Forschung und Entwicklung (z.B. Projekt »Jäger 90«), die die Rüstungsspirale weiter in Gang halten. Auf diese Weise könnte die Bundesrepublik der zunehmend an Offensivfähigkeit im Bereich konventioneller Bewaffnung orientierten NATO-Strategie die gefährlichsten und kriegsträchtigsten Mittel nehmen.

Weiter Beispiele für geforderte Kürzungen sind:

Drastische Reduzierung des Personalbestandes, keine Gelder für Ausbau und Neubau von Militäreinrichtungen, für »psychologische Kriegsführung«, für Militärpropaganda.

Entscheidend ist: qualitativ begründete Kürzungen der Militärausgaben wären ein konkreter Beitrag der Bundesrepublik zum Durchbrechen der tödlichen Logik des Rüstungswettlaufs. **Unverbindlich-allgemeine Abrüstungsbekanntnisse haben wir lange genug gehört!**

Joachim Schild  
AL-Friedensbereich



# West-Ost-Wind

## Interview mit Ulrich Albrecht, Friedensforscher

**FRIZ:** Hat die Friedensbewegung im Westen die Abrüstungsbereitschaft der UdSSR verstärkt?

**U.Albrecht:** Zweifellos. Wobei die Friedensbewegung in der BRD und in West-Berlin auf besonderes Interesse stieß.

**FRIZ:** Welche Vorstellungen der Friedensbewegung fanden Eingang in die sowjetischen Militärdebatten?

**U.Albrecht:** Ihre Kritik am Gleichgewichtsdogma, an der Raketenjährei. Wichtig geworden ist auch die hiesige Debatte um »strukturell defensive Verteidigung«, wie sie gegenwärtig die SPD vertritt. Bei der sowjetischen Akademie der Wissenschaften wurde extra hierzu eine Studiengruppe eingerichtet.

**FRIZ:** Beteiligen sich Vertreter der UdSSR direkt an Gesprächen im Westen?

**U.Albrecht:** Auf der letzten Pugwash-Konferenz in Gmunden in Österreich im September stellte z.B. ein sowjetischer Teilnehmer Argumente vor, warum auch

ein herkömmlicher konventioneller Krieg in Europa weder führbar noch gewinnbar sei. Neuerdings treten bei solchen Treffen sowjetische Generäle, verkleidet als Friedensforscher auf.

**FRIZ:** Was ist eine Pugwash-Konferenz?

**U.Albrecht:** Seit vielen Jahren ein Forum für friedenspolitisch engagierte Naturwissenschaftler aus West und Ost.

**FRIZ:** Welche Impulse gehen von kritischen westlichen Naturwissenschaftlern aus?

**U.Albrecht:** Sehr beachtet werden die »Dissidenten« unter den Naturwissenschaftlern, die eine Beteiligung an Rüstungsforschung verweigern, besonders an SDI, aber nicht nur dort. Insgesamt grundsätzlich die Kritik vieler Naturwissenschaftler im Westen an der Machbarkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortbarkeit technologischer Entwicklungen. Ein ähnlicher technologischer Skeptizismus wurde in der UdSSR durch Tschernobyl befördert. Gleichzeitig arbeiten Wissenschaftler aus West und Ost aber auch di-

rekt zusammen, z.B. an Verfahren zur Kontrolle von Testexplosionen.

**FRIZ:** Wie wird Militärforschung bewertet?

**U.Albrecht:** Die Sowjetunion war eine Zeitlang irritiert über die angeblich hohen »spill-off«-Effekte der Militärforschung, d.h. über ihre zivil verwendbaren Nebenprodukte. Jetzt wurden westliche Naturwissenschaftler, die diesen angeblichen Nutzen widerlegen konnten, mit sowjetischen Rüstungsmanagern zusammengebracht.

**FRIZ:** ... und die Friedensforschungsinstitute?

**U.Albrecht:** Die Kontakte sind vielfältig. Im Starnberger Institut gibt es z.B. Arbeitsgruppen mit regelmäßiger sowjetischer Beteiligung. Im Hamburger Institut bildeten sich Arbeitszusammenhänge über die Palme-Kommission. Vieles lief über UN-Studiengruppen und das SIPRI-Institut, jeweils vermittelt über Schweden unter Olof Palme.

Das Gespräch führte Hilde Schramm



## Weiter nach vorn auf dem Weg der Abrüstung

Hat die Politik der Stärke diese erste Abrüstung zustande gebracht oder war es das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit? Ist die Rückkehr zur Vernunft gar ein Erfolg des Wahnsinns oder nicht doch der Vernünftigen?

So viele Faktoren auch immer die erste Abrüstungsvereinbarung ermöglicht haben — das neue Denken in der Sowjetunion, der Verlust an Glaubwürdigkeit beim Präsidenten der USA, vor allem die wirtschaftlichen Folgen der Hochrüstung —: der Doppelbeschluß gehört sicher nicht dazu. Dessen einziger nachweisbarer »Erfolg« ist die Stationierung neuer sowjetischer Atomraketen in der DDR und CSSR. Hingegen gehören auf jeden Fall zwei Faktoren zu den Ursachen der Abrüstungsvereinbarung:

1. Der Widerstand von mehr und mehr Menschen dagegen, daß mit immer stärkerer Rüstung immer weniger Sicherheit erlangt wird, und
2. die Einsicht, daß Sicherheit nicht voneinander, sondern nur gemeinsam erlangt werden kann.

Gewiß, es sind nur 3 Prozent der Nuklearwaffen, die jetzt abgerüstet werden, wenig genug. Aber es ist ein Einstieg in die Abrüstung. Auf diesem Weg muß es weiter nach vorn gehen. Jetzt müssen die Kernwaffen mit weniger als 500 Kilometer Reichweite verschwinden. Die Vertragsvorschläge für atom- und chemiewaffenfreie Zonen von SPD und SED liegen auf den Tischen. Die polnische Regierung hat Vorschläge zur konventionellen Stabilität gemacht. Nach und nach bricht sich der Gedanke Bahn, daß die Machtmittel der einzelnen Staaten möglichst ungeeignet zur Bedrohung und zum Angriff sein müssen. Das zeigt sich auch an dem wachsenden Interesse der Staaten des Warschauer Vertrages an den Vorschlägen der SPD für »strukturelle Nichtangriffsfähigkeit«.

**Die gemeinsame Sicherheit kann zur Grundlage für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung werden; verhindern wir den Rückfall in den Rüstungs-Wahnsinn!**

Norbert Meisner  
Stellv. Vorsitzender der Berliner SPD

## Abschreckung und gemeinsame Sicherheit sind unvereinbar

Was noch vor wenigen Jahren als nahezu undenkbar erschien, ist heute fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden: Persönlichkeiten aus Ost und West, politische Parteien, Friedensinstitute und -organisationen, Kirchenvertreter suchen gemeinsam nach einer Alternative zum System der atomaren Abschreckung.

»Abschreckung und gemeinsame Sicherheit sind unvereinbar in ihren Mitteln«, heißt es in einem Papier des Hamburger Friedensforschungsinstituts, »Abschreckungspolitik arbeitet mit Druck, Drohung und Einschüchterung. Ihre fragwürdige Sicherheit resultiert aus dem gegenseitigen Griff an die Kehle des Gegners. Gemeinsame Sicherheit ist strikt defensiv konzipiert. Sie kennt keine Methoden und Instrumente der Zielverwirklichung, die legitime Interessen anderer Staaten verletzen«.

Am Anfang der »neuen Friedensbewegung« stand der Widerstand gegen jene neuen Strategien und der dazugehörenden Waffen, mit denen der Atomkrieg, auf Europa begrenzt, wieder »führ- bzw. gewinnbar« werden sollte. Nur wenige Friedensgruppen, wie z.B. die kirchlich orientierte Aktion Sühnezeichen oder die Pax Christi bzw. der holländische Interkirchliche Friedensrat, forderten schon damals: die Friedensbewegung dürfe sich nicht nur auf die neuen Waffensysteme fixieren, sie müsse vielmehr zu einer

grundsätzlichen Kritik an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung gelangen. Neuerdings haben eine bedeutende Anzahl kirchenleitender Gremien in den USA zugunsten eines neuen Sicherheitsbegriffes deutlich Stellung bezogen. Fast zeitgleich mit Gorbatschows Programm »Atomwaffenfrei ins Jahr 2000« veröffentlichten die Bischöfe der Methodistischen Kirche in den USA einen bemerkenswerten Hirtenbrief, in dem sie eine neue Ethik in den internationalen Beziehungen forderten, für die Einhaltung von SALT II und ABM, gegen SDI und für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen eintraten. Kernsatz ihres Briefes ist die Feststellung: »Im Nuklearzeitalter kann es keine einseitige Sicherheit geben. Weil unsere Verwundbarkeit wechselseitig ist, muß auch unsere Sicherheit wechselseitig sein!«

Bernd Krebs  
Christliche Friedenskonferenz  
Regionalausschuß Berlin (West)